

Er scheint
jeden Samstag
und kostet:
Mit der Post ganzjährig . . fl. 5 —
halbjährig . . „ 2.50
Für Raibach ganzjährig . . fl. 4.—
halbjährig . . „ 2.—
Für die Zustellung in's Haus sind ganzjährig 50 fr.,
halbjährig 30 fr. zu entrichten.
Einzeln Nummer 10 fr.

TRIGLAV.

Zeitschrift für vaterländische Interessen.

Eigenthümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Peter Grasselli.

Insertionsgebühren:
Für die 3spaltige Zeile oder deren Raum bei 1maliger
Einschaltung 6 fr., 2 Mal 8 fr., 3 Mal 10 fr.
Stempel jedes Mal 30 fr.
Redaktion und Administration:
Klosterfrauengasse Nr. 57 (gegenüber dem Casino).
Zuschriften und Geldsendungen
sind zu richten an den Eigenthümer des Blattes.
Manuskripte werden nicht zurückgesendet.

III. Jahrgang.

Raibach am 15. Februar 1868.

Nr. 9.

Die Correspondenten der „Trierer Zeitung“ und der Wiener „Presse“ — und der Rai- bacher Gemeinderath.

Ex unguis leonem!
Aus dem Heulen die Wölfe!

Wenn man den Tag nach der Affaire vom 23. Juli v. J., in Folge deren Herr Dr. Costa des Bürgermeisteramtes zeitweilig enthoben wurde, mit dem Vorgange der letzten Gemeinderathssitzung vom 6. Februar vergleicht, in welcher das Ersuchen um die Behebung des bereits ein halbes Jahr dauernden Ausnahmezustandes der Commune Raibachs an die k. k. Landesregierung gestellt wurde, so findet man zwischen beiden Vorfällen eine große Ähnlichkeit: so wie den Tag nach obenannter Affaire ein Paar „Männlein“ Raibachs furchtbar rumorten und parteiwillig schrien: „Kreuziget den Bürgermeister!“, ebenso war unter den 25 Gemeinderäthen in der Sitzung vom 6. Febr. auch nur Eine Stimme, welche „zurück!“ rief den einhelligen Anträgen zweier Sectionen.

Diese Stimme kann es nun nicht verwinden, daß sie isolirt blieb in dem Momente, wo die Communalvertretung ihr Urtheil fällte in der leidigen Angelegenheit; deshalb schreibt sie oder ihr altergo Zetter und Mordio in die „Trierer Zeitung“ und die beiden „Presse“, keinen Pardon gebend seinen vermeintlichen Gesinnungsgegnern, weil sie nach mehrmonatlicher ruhiger Ueberlegung der Sachlage offen für das Recht einstanden, und in gemeiner Weise herfallend über das kaiserl. Landespräsidium, welchem schließlich sogar die Hauptschuld in der gegenwärtigen Wendung der Dinge zur Last gelegt wird.

Wir wollen nicht des Weiteren Kritik üben an diesen Original-„Correspondenten“ (sie verdienen in diesem Falle wirklich die Benennung von Barnikfischen „Originalen“) — sondern geben nur das Rechtsgefühl derselben durch ihr eigenes Geständniß der Welt zur Beurtheilung. In der „Presse“ heißt es nämlich wörtlich: „unbeschadet des Rechtsinnes hätte man (i. e. die deutsche Partei des Gemeinderathes) doch das Parteiinteresse wahren sollen.“ Wir dächten: das ist Selbstkritik genug! Also auch das Recht soll mit Füßen getreten werden, nur um die Partei nicht fallen zu lassen?! Und weil die Vertreter der sogenannten deutschen Partei so ehrlich waren, nach richtiger Erkenntniß der Dinge das Recht über die „Parteiinteressen“ zu stellen, wird ihnen von dem Correspondenten eine grimmige Strafpredigt gehalten, welche sie wohl mit großer Befriedigung hinnehmen können, weil ihnen dafür die Anerkennung der großen Majorität der Raibacher Bevölkerung, und wir können sagen, des ganzen Landes zu Theil geworden ist, welche der leidenschaftlichen Ränke des bekannten Häufleins Ultradeutschen schon lange satt ist.

Im hohen Grade läppisch ist es übrigens, wenn in dem bekannten gemeinderäthlichen Beschlusse die nationale „Partei“ (wir verwahren uns übrigens feierlich, im eigenen Hause Partei zu heißen!) in den Vordergrund geschoben wird, indem in den vereinigten Sectionen, welche einhellig die Anträge stellten, unseres Wissens unter 9 Gemeinderäthen nur 3 nationale sich befanden, welche ihre Ansicht doch nicht der Majorität selbständiger Männer der Rechts- und Polizei-Section auszubringen in der Lage gewesen wären, wenn diese nicht selbst die volle Ueberzeugung der Minorität getheilt hätten.

Wenn ferner der „originale“ Mann der „Presse“ in einem höhnißchen Tone von dem „Ezechiel“ Horat redet, welcher dem Comité den Dank für seine unparteiische Auffassung des Sachverhaltes ausdrückte, so können wir ihm erwidern, daß der Commune unserer Hauptstadt ein solcher „Ezechiel“, wie der ehrenwerthe Gemeinderath Horat es ist, als viel nützlicher sich erprobt hat, als eine Legion solcher „Schwabens“ à la „Trierer Zeitung“ und „Presse“-Correspondenten.

Ebenso läppisch sind die Auslassungen des Correspondenten über unseren hochverehrten Herrn Landespräsidenten, welcher, wenn wir recht unterrichtet sind, den Ausspruch über die Suspension des Bürgermeisters etwa nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern nach Anhörung des Regierungsrathes fällte, welches die Suspension unter dem Drucke der stürmischen „Gerüchte“ verfügt haben mochte, welche Herr Deschmann wieder in der letzten Gemeinderathssitzung aus den Gräbern citirte. Die Suspension, wenn auch keineswegs im Gemeindegesetze begründet, sollte eine Pause bilden, damit die Wogen der leidenschaftlichen „Gerüchte“ sich legen. Diese Wogen — künstliche Fabrikate unverbeßelter Ultradeutscher — haben sich schon lange gelegt; auch das k. k. Landesgericht hat gesprochen; es ist die erwünschte Klärung der Sachlage eingetreten — nun konnte der Gemeinderath mit Ruhe urtheilen. Und dieß hat er gethan, nichts mehr und nichts weniger, als das, was das Recht, das Gesetz und die Autonomie der Gemeinde fordert.

Sogleich nach der Gemeinderathssitzung vom 6. d. M. hat, durch das Wien. „Tagblatt“ veranlaßt, die Nachricht, daß der Herr Landespräsident seine Demission überreicht habe, die Runde durch die öffentlichen Blätter gemacht. Diese Nachricht manifestirte sich augenscheinlich als ein geheimer Herzenswunsch und ein Manöver derjenigen Clique, welcher es, wie z. B. dem Correspondenten der Trierer Zeitung, ein Gräuel ist, daß der Landespräsident nicht ausschließlich das Casino, sondern hie und da auch die Citalnica besucht. Wenn nun die „Trierer Zeitung“ die Nationalen als Urheber dieser Nachricht verdächtigt, so liegt das Plumpse dieser Verdächtigung um so mehr auf der flachen Hand, als auch der Correspondent der „Presse“ die Entfernung des gegenwärtigen Landespräsidenten urgirt und gewiß Niemand diesen Correspondenten im nationalen Lager suchen wird. Wir im

Gegentheil wollen hoffen, daß — nachdem durch den einhelligen Beschluß des Gemeinderathes der Weg zur endlichen Herstellung des gesetzlichen Zustandes in der Landeshauptstadt gebahnt ist — Herr v. Conrad noch fortan an der Spitze unserer Regierung verbleibt. Offen müssen wir es hier aussprechen, daß Ruhe und Friede in unserm Lande nicht herrschen werden, wenn Jemand zum obersten Vertreter der Regierung berufen würde, welcher sich den Einflüsterungen des Correspondenten der „Presse“ und der „Trierer Zeitung“ hingibt, ein Feind unseres Volkes und seiner berechtigten, durch die Staatsgrundgesetze garantirten Forderungen ist. Aus diesem Grunde müssen wir nach den bisherigen Erfahrungen nur wünschen, daß Herr v. Conrad auch fernerhin Landespräsident von Krain bleibe.

Die „Neue Presse“ schreibt unter anderm, Herr Dr. Costa „arbeite mit fieberhafter Hast, um seine Rehabilitirung zu erwirken.“ Der Correspondent hat keine Beweise für dieses Geschwätz; wir im Gegentheil müssen constatiren, daß gerade die stoische Ruhe, mit welcher Herr Dr. Costa seit seiner Suspendirung der weiteren Abwicklung dieser Angelegenheit entgegen sieht, so wie das mehrmonatliche Hinausschieben der bezüglichen gemeinderäthlichen Verhandlung, den Unmuth sehr vieler Bürger hervorgerufen hat.

Derselbe Correspondent schließt mit den Worten: „daß die Wiedereinsetzung des Bürgermeisters in sein früheres Amt eine große Erbitterung bei sämmtlichen ruhig und besonnen denkenden Einwohnern Raibachs hervorrufen würde.“ Wir möchten denn doch fragen, woher der Correspondent das Mandat erhalten hat, im Namen „sämmlicher ruhiger und besonnener Bürger“ zu sprechen? Ist vielleicht Herr Deschmann der einzige Repräsentant derselben im Gemeinderathe? Ist nicht vielmehr der einhellige Gemeinderathsbeschluß trotz des alleinstehenden Deschmann'schen Votums der getreue Ausdruck der Ansichten und Wünsche der Gemeinde?

Regierung und Bevölkerung haben einen neuerlichen Beweis, welchen Werth die Correspondenzen der „Presse“ u. d. haben, welche nichts anderes sind als Hegereien einer kleinen Clique, die nicht einmal eine Partei hinter sich hat, die öffentliche Meinung fälscht und Lügen und Verdächtigungen dazu benützt, um Haß und Zwietracht in unserm Lande fortzuerhalten.

Unsere Gewerbebank und der Gewerbeband.

Es werden sich gewiß noch einige Leser der „Raibacher Zeitung“ der Notizen erinnern, mit welchen zur Zeit der vorjährigen hiesigen Wahlen die Errichtung der Gewerbebank annoncirt und als besonders bedeutungsvoll und segensreich für unsern Gewerbeband prognosticirt wurde. Man mußte daher erwarten, daß diesem Stande schon in den Statuten eine verlockende Stellung und eine Reihe unzweifelhafter Vortheile gesichert ist.

Sehen wir einmal nach, in wie weit diese Erwartung zutrifft.

Der Gewerbsmann (in so ferne er nicht etwa Aktionär ist) tritt zur Bank in das Verhältniß als Kreditinhaber. Der Kreditinhaber ist aber nur Theilnehmer, nicht Mitglied der Bank (§. 2). Er hat daher weder direkten noch indirekten Einfluß auf die Gebahrung des Bankvermögens, „dessen Verwaltungsorgan“ die von den Aktionären gewählte Direktion ist (§. 33). Und doch wird das Bankvermögen nicht zum geringsten Theile gerade den Kreditinhabern seinen Ursprung zu danken haben!

So ist auch die Generalversammlung der Kreditinhaber macht- und einflußlos. Sie hat lediglich den Jahresbericht und andere Mittheilungen anzuhören (§. 74) und nebst Wahl eines Revisionsausschusses die Censoren vorzuschlagen, deren definitive Wahl schon die Direktion vornimmt. Da muß man denn doch fragen, ob diese Generalversammlung etwas mehr ist, als eine bloße Formalität und ob es der Mühe werth ist, zur Ausübung so wesen- und inhaltsloser Rechte eine Generalversammlung der Kreditinhaber einzuberufen und in selber zu erscheinen!

Außerdem sorgt aber auch der §. 77 dafür, daß nur jene, welche den „Gründern“ und resp. Aktionären „vertrauenswürdig“ erscheinen, in die Reihe der Kreditinhaber aufgenommen werden, indem die Mitglieder für das zuerst aufzustellende Comité der Censoren von der Direktion ernannt werden, die Aufnahme eines Kreditinhabers aber von der Direktion über Vorschlag der Censoren erfolgt (§. 82). Da haben wir ja wieder jenen „Circulus vitiosus“ — wie bei unserer Sparkassa. Die Direktion ernannt die Mitglieder, die Mitglieder wählen die Direktion. So bleibt alles in „guter Freundschaft“ und schönster „Harmonie“! Raum ist die Bank ins Leben getreten, so soll auch bereits ein Handelsmann, der über Aufforderung eines Direktors um Eröffnung eines verhältnißmäßig sehr kleinen Kredits eingeschritten ist, von der Direktion ganz abgewiesen worden sein. Nicht sehr aufmunternd!

Zu welchem Ende unter diesen Umständen die Bevormundung sogar so weit geht, daß jeder Sitzung des Comité's der Kreditinhaber ein „Direktor“ beizumischen muß (§. 80) — ist um so weniger einzusehen, da dieses Comité gar keine definitiven Beschlüsse zu fassen berechtigt ist, sondern nur Anträge an die Direktion stellt, mit welchen die Direktion macht, was sie will (§. 82).

Man sollte nun meinen, daß die Kreditinhaber für den Mangel fast jeden Einflusses auf die Vermögensgebarung der Bank durch materielle Vortheile reichlich entschädigt werden. Aber auch dem ist nicht so.

Jeder Kreditinhaber muß 10% des ihm bewilligten Kredits für den sog. Sicherstellungsfond baar einzahlen, welche vorläufig sein Eigenthum bleiben. Während aber dem Aktionär

außer der Aussicht auf eine Dividende seine Aktie mit 5% verzinst wird, verzinst die Bank die Einlagen der Kreditinhaber nur mit 4%, und selbst diese 4% bekommt nicht der Eigenthümer der Einlage, sondern der Reservefond (§. 54). Wer also einen Kredit von 1000 fl. von der Bank eröffnet bekommt, muß 100 fl. baar einlegen, ohne dafür je einen Kreuzer Zinsen zu erhalten. Und außerdem begibt er sich in die Gefahr, bevor er vielleicht von dem ihm eröffneten Kredite Gebrauch gemacht hat, weitere 100, 200, oder gar 900 fl. für Verluste bei andern ihm gänzlich fremden und unbekannten Kreditinhabern zuzahlen zu müssen (§§. 51, 57), da jeder Kreditinhaber für alle übrigen „bis zur Höhe seiner eigenen Kreditbetheiligung haftet.“ Es ist daher jedenfalls ein sehr gewagtes Unternehmen, als „Kreditinhaber“ der Bank beizutreten und wer am meisten Kredit bekommt, ist am schlechtesten dran, weil er am meisten haftet.

Dafür hat aber die Direktion das Recht, wenn ein Kreditinhaber ein Darlehen haben will, von ihm genügende Sicherstellung zu verlangen (§. 15) und seinen Wechsel „unter dem Giro der Bank“ weiter zu begeben (§. 17), was wahrscheinlich auch nicht Jedermann angenehm sein dürfte.

Zum Schluß nur noch die Frage, woher es kommt, daß die Reservefond der Aktionäre und Kreditinhaber trotz gleichmäßiger Verwendung „zu statutenmäßigen Geschäften“ nicht einen gleichen Ertrag geben? Nach §. 91 wird nämlich der Reservefond der Aktionäre mit 5%, jener der Kreditinhaber nur mit 4% verzinst.

Fassen wir das Ergebnis unserer Betrachtungen kurz zusammen, so müssen wir der Befürchtung Ausdruck geben, daß der Gewerbeband nicht alle jene und so große Vortheile aus diesem neuen Kreditinstitute ziehen wird, wie es vor Bekanntwerden der Statuten in Aussicht gestellt wurde, und gewiß wünschenswerth wäre.

Glücklicherweise findet unser Gewerbeband noch die aus reichendste Unterstützung in dem althergebrachten gewerblichen Aushilfskasservereine. Da ist jeder Gewerbsmann vollberechtigtes Mitglied und sitzt in der Generalversammlung und durch die freie Wahl des Verwaltungsrathes den vollen Einfluß auf die Vermögensgebarung aus. Seine Einlage wird ihm verzinst, und die Zinsen jährlich ausbezahlt. Er haftet nicht mit für die übrigen Kreditinhaber und der Gewinn fließt nicht in den Säckel der Aktionäre, sondern in den Reservefond, der ein Eigenthum der Mitglieder ist, und diesen zu Gute kommt.

Aus dem Reichsrathe.

Abgeordnetenhaus.

(70. Sitzung, 10. Febr.) Sämmtliche cisleithanische Minister, vom Fürsten Auersperg eingeführt und von den Abgeordneten lebhaft begrüßt, nahmen auf der Ministerbank Platz.

Baron Beust, der diesmal als Abgeordneter an der Sitzung Theil nahm, setzte sich in die erste Bank des Centrums. Vicepräsident Hopfen eröffnete die Sitzung. Es wurde sofort zur Wahl des Präsidenten geschritten.

Von den abgegebenen 131 Stimmen fielen 111 auf den Abg. v. Kaiserfeld. Derselbe richtete als Präsident von seinem Sitze eine längere Ansprache an das Haus, in welcher er demselben für das Vertrauen und Wohlwollen, das es ihm gegenüber kundgegeben, dankte und das neue parlamentarische Ministerium als Bürgerhaus des Verfassungslebens begrüßte. Schließlich bringt er auf Se. Majestät ein dreimaliges Hoch, in welches das Haus miteinstimmt.

Der Ministerpräsident nimmt das Wort, um das Ministerium vorzustellen. Hierbei bittet er um Vertrauen und Unterstützung, und versichert, daß die Beziehungen der diesseitigen Regierung mit der ungar. die freundschaftlichsten seien.

Bemerkenswerth ist das Geständniß des Herrn Ministerpräsidenten, daß der Dualismus der Staats Einheit nicht diene.

Abg. Kuranda interpellirt das Gesamtministerium wegen des von der n.-östr. Statthalterei gegen den Wortlaut des Art. 4 der Staatsgrundgesetze erlassenen Verbotes, daß die Gemeindegemeinden von Wien an den Wahlen theilnehmen dürfen.

Ministerpräsident Auersperg sagt die Beantwortung für die nächste Sitzung zu.

Zur Verlesung gelangen mehrere Petitionen um Ermäßigung der Eisenbahn-Tariffätze und um Aufhebung des Konkordats.

(71. Sitzung, 11. Febr.) Nach Verlesung des Protokolls und des Einlaufes nimmt Minister Giskra das Wort, um die gestern gestellte Interpellation des Abgeordneten Kuranda, wie sich das Gesamtministerium gegenüber der vom Statthalter von Niederösterreich verfügten Eistellung des Gemeinderathsbeschlusses von Wien, betreffend die auf Grund des Art. 4 der Grundgesetze geschene Aenderung der Wahlen (Zulassung von Gemeindegemeinden) zu verhalten gebente, — dahin zu beantworten, daß die Regierung der Ansicht ist, daß nach dem Wortlaute der bestehenden Gesetze die Entscheidung der Statthalterei aufrecht zu halten sei, weil nur mit Zustimmung der Landtage eine Aenderung der Gemeindeordnung vorgenommen werden darf, da Landesgesetze nur im Wege der Landesgesetzgebung umgeändert werden können.

Auf der heutigen Tagesordnung steht zuerst die Wahl des Ausschusses zur Berathung der von der Regierung vorgelegten Strafprozeßordnung. — Minister Herbst bringt die von seinem Vorgänger im Amte angefündigte Gesetzesvorlage betreffs der Konkursordnung ein. Von Interesse ist jene Stelle seiner Rede, worin angezeigt wird, daß die Personalhaft als Exekutionsmittel aufgehoben werden soll. Der Minister gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, die Berathung über den Gesetzesentwurf so beschleunigt zu sehen, daß derselbe in einigen Monaten in Kraft treten werde.

Die Regierungsvorlagen werden an Beratungsausschüsse gewiesen und deren Wahl sogleich vorgenommen. Schließlich finden mehrere Ergänzungswahlen in verschiedene Ausschüsse statt. (72. Sitzung, 13. Febr.) Dr. Moser reicht einen schriftlichen Antrag um Herabsetzung des Telegrafentarifes und Einführung des Einheits-Tarifes in der ganzen Monarchie ohne Rücksicht auf die Entfernung ein. Der Antrag wird der geschäftsmäßigen Behandlung übergeben.

Justizminister Herbst beantwortet die im vorigen Jahre vom Abgeordneten Subisa gestellte Interpellation, die Regierung möge für slavische Justizbeamte in Dalmatien Sorge tragen, und so dem tiefgefühlten Bedürfnisse abhelfen, dahin, daß es in Dalmatien genug Beamte gebe, welche der „ilirischen“ Sprache mächtig sind.

Der Antrag Petrinov's auf Reform der Geschäftsordnung wird dem Verfassungsausschusse zur Verathung überwiesen.

Bezüglich der formellen Geschäftsbehandlung der Civil-Prozessordnung wird beschlossen, dieselbe solle der Verhandlung umfangreicher Gesetze unterworfen werden.

Aus der Sitzung des Landesausschusses

am 7. Februar.

Herr Dr. Costa referirte vor Allem über die Wege, welche er über Ansuchen des Landesausschusses bei seinem Aufenthalte in Wien gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Roman beim k. Finanzministerium bezüglich des inkamerirten Landesvermögens machte. — Einstimmig wurde eine Petition des Landesausschusses betreffend die Concessionirung der Laibach-Willacher Eisenbahn beschlossen. — Wieder wurde über mehrere Rekurse bezüglich der Chemelbettel verhandelt; es ist wirklich möglich zu hören, wer heutzutage alles heiraten will — zum Nuz und Frommen ohnehin armer Gemeinden! — Obgleich der Landesausschuss alle vom Landtage bezüglich des Waisenhauses übernommenen Aufgaben erfüllte, so wünscht er doch außer dem diesfälligen Geschäftsberichte — noch mit weiteren Anträgen vor den nächsten Landtag zu treten, um im künftigen Jahre doch die eine Hälfte des Waisenhauses — nämlich die weibliche Abtheilung — ins Leben treten zu sehen. Deshalb wurde einstimmig beschlossen, hierzu die nöthigen Schritte zu machen, um nach dem bestbewährten Vorbilde in Klagenfurt und Salzburg die weiblichen Waisenkinder auf Landeskosten in einem Zubau des hiesigen Ursulinerinnenklosters zu unterbringen. — In Anwesenheit der Landeskasse wurde beschlossen, dieselbe zu ermächtigen, daß sie Coupons von frain. Grundentlastungssobligationen nicht bloß zur Zeit der Fälligkeit sondern zu jeder Zeit gegen Abzug von 6 % Provision einlösen dürfe. Dadurch erwächst sowohl ein Vortheil für die Parteien als auch für die Landeskasse. — Schließlich wurde der Jahresbericht über die Krankenbewegung im Landeszwangsarbeits-hause im Jahre 1867, vorgelegt vom Primararzte dieser Anstalt Dr. Karl Bleiweis, zur Kenntnis genommen. Aus demselben ist ersichtlich, daß der Stand der Zwanglinge im v. J. 414 betrug, worunter 184 Erkrankten vorliefen, hiervon sind genesen 137, gestorben 25, wegen unheilbarer Krankheit wurden entlassen 15, in Behandlung verblieben mit Ende des Jahres 7. Das meiste Contingent der Erkrankungen lieferten Lungen- und Bronchialkatarrhe, Tuberkulosen, Wechsel- und gastrische Fieber und Augenentzündungen. Im September v. J. wollte auch die Cholera ihre Herrschaft über das Arbeits-haus ausdehnen; es kamen 7 Fälle von Cholera und 1 Cholera nostras vor, welche aber sämtlich geheilt wurden. Das Leberthranöl hat sich bei beginnender Scrophulose und Tuberculose wieder recht gut bewährt und zwar in der täglichen Dosis mit nur 1 Loth gegen 2 Loth der früheren Jahre, wodurch ohne Gefährdung des sanitären Zweckes namhafte Ersparnisse des Landesfondes erzielt wurden. Mit besonderer Befriedigung wird in dem Berichte hervorgehoben, daß im vorigen Jahre kein einziger Fall von Scorbut vorkam, welche günstige Erscheinung Dr. Bleiweis den von ihm eingeführten regelmäßigen Waschungen mit kaltem Wasser in der besten Jahreszeit zuschreibt. — Da der Landesausschuss die Anschaffung der nöthigsten chirurgischen Instrumente der Anstalt bewilligte, wurde es auch ermöglicht, kleinere chirurgische Operationen (10 an der Zahl) im Hause vorzunehmen.

Aus der letzten Sitzung der Handels- und Gewerbekammer für Krain

theilen wir nur folgendes mit, was von allgemeinerem Interesse sein dürfte. Mangel an Raum machte es uns unmöglich den Bericht früher zu bringen. —

Mehrere Gewerbsleute von Laibach und Stein wendeten sich an die Handels- und Gewerbekammer mit dem Ansuchen, daß sich diese geeigneten Orts verwenden möchte, damit zu den von den verschiedenen k. k. Behörden zur Licitation gelangenden Werkmeisterarbeiten nur Gewerbsleute des bezüglichen Faches und nicht Subunternehmer zugelassen werden. Die Kammer wählte ein eigenes Comité von drei Mitgliedern, welches diesen Gegenstand zu berathen und darüber sein Gutachten in der nächsten Kammersitzung abzugeben hat. — Ueber das von der k. k. Landesregierung zur Begutachtung der Handelskammer übermittelte Gesuch des Planina-Concurrenz-Straßen-Comités um Bewilligung zur Errichtung von Wegmanthen an den Planina-Laas-Keisnitzer-Concurrenz-Straßen hat die Kammer eine befürwortende Äußerung abgegeben.

Separat-Anträge:

- Der Herr Kammerpräsident, welcher auch den Vorsitz beim Eisenbahn-Comité führt, berichtet, daß dieses an das hohe k. k. Handelsministerium bereits das Ansuchen gestellt hat, damit dieses noch in dieser Session dem Reichsrathe das Eisenbahnproject Laibach-Willach vorlegen möchte, und beantragt, daß die Kammer durch das Präsidium eine Petition wegen der 5 % Zinsengarantie richten und durch den Reichsrath Herrn Dr. Dobro Toman vorlegen möchte. Der Antrag wird angenommen.
- Der Herr Kammerpräsident stellt ferner den Antrag, daß ein Comité von 5 Mitgliedern aus der Kammer gewählt werden möchte, dem auch andere hervorragende Industrielle beizuziehen wären, welches die Aufgabe hätte ein Operat betreffend die Ermäßigung der Frachten auszuarbeiten und dasselbe in der nächsten Sitzung der Kammer vorzulegen, welche diesen wichtigen Gegenstand berathen und dann die weiteren nöthigen Schritte machen solle. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.
- Der Herr Vice-Präsident ergreift das Wort und bemerkt unter anderm, daß das Vereinswesen in Oesterreich im Vergleiche zu dem in anderen Staaten noch keine festen Wurzeln gefaßt habe, woran der Bevölkerung eine Schuld nicht beigemessen werden kann, wohl aber hemmt die

bestandenem dießbezüglichen Normen jede freiere Entwicklung. Einen Beweis für diese Behauptung liefert das Entstehen zahlreicher Vereine, von denen sehr viele auf Handel, Gewerbe und Agricultur wohlthunend wirken, seit dem in Oesterreich ein freier Geist waltet. Er erkennt es als dringende Nothwendigkeit für die Hebung des Handels und der Gewerbe in Oesterreich, daß eine Versammlung von Abgeordneten aus den 54 Handels- und Gewerbekammern nach Wien zu einem Handelsstage berufen werde, um über die Mittel gemeinschaftlich zu berathen, die den Handel, die Gewerbe und die Agricultur in Oesterreich zu heben geeignet wären, und stellt demnach den Antrag: Die Handels- und Gewerbekammer wolle in Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse eine Denkschrift an das hohe k. k. Handelsministerium richten, in der die Nothwendigkeit der Einberufung eines Handelsstages aus Abgeordneten der 54 österreichischen Handels- und Gewerbekammern gründlich dargelegt werden solle. Der Herr Präsident unterstützt diesen Antrag in längerer Rede und bemerkt überdies, daß sich auch bereits die Kammern von Wien und Graz in gleichem Sinne ausgesprochen haben. Der Antrag wurde angenommen.

d) Der Herr Kammerpräsident erwähnt der Freiebung der Advocatie und stellt mit Rücksicht auf die in den Zeitungsblättern allseitig beinahe erschöpfende dießfällige Erörterung, welche das Verlangen des rechtsuchenden Publicums zur Genüge konstatirt, den Antrag: Die Kammer wolle eine Petition an das hohe k. k. Justizministerium richten, damit die Freiebung der Advocatie mit thunlichster Beschleunigung im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werde. Der Antrag wurde, nachdem noch Herr Horak denselben unterstützte, einstimmig angenommen.

e) Der Herr Kammerpräsident trägt noch ein Gesuch des Kammerfanzellisten um eine mäßige Gehaltsaushilfe vor und erklärt dasselbe für begründet. Herr J. N. Horak beantragt, nachdem er sich vorher lobend über die Thätigkeit des Kanzellisten ausgesprochen, diesem den monatlichen Gehalt von 37 fl. 50 kr. auf 40 fl. zu erhöhen, in welchem wie bekannt auch der Lohn für den Kammerdiener begriffen ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf erklärt der Herr Präsident die Sitzung für geschlossen.

Politische Revue.

Inland.

Wien. Das Justizministerium arbeitet einen Gesetzentwurf über die Einführung der Geschwornengerichte in Presssachen aus und wird denselben dem Reichsrathe gleich nach seinem Zusammentritte vorlegen. Von Interesse ist ein Leitartikel der alten „Presse“, welcher an die Geschichte der Pressproceße in Oesterreich erinnert und den Gerichten den Rath gibt, von dem §. 221 der St.-P.-O. Gebrauch zu machen, welcher §. dem Gerichtshofe die Vertagung der Schlussverhandlungen aus „erheblichen Gründen“ überläßt. Das Plaidoyer der „Presse“, welche bekanntlich für ein gouvernementales Organ gilt und daher im Auftrage der Regierung schreibt, gipfelt darin, daß die Pressproceße bis zur Einführung der Geschwornengerichte zu vertagen seien. Die Schlussstelle des inspirirten Artikels lautet: „§. 17 des Gesetzes vom 17. December 1862 bestimmt ausdrücklich, daß, „so weit dieses Gesetz nicht etwas Anderes verfügt, auch für Pressproceße die Vorschriften der allgemeinen Strafproceß-Ordnung zu gelten“ haben. Das Gesetz über das Verfahren in Presssachen schränkt das Recht der Vertagung nicht ein. Da uns nun der Konflikt zwischen dem Buchstaben des Grundgesetzes und der jetzigen Gerichtspraxis ein „sehr erheblicher Grund“ zu sein scheint, so empfiehlt sich in vorkommenden Fällen dieser Art die Vertagung der Schlussverhandlungen recht einklinglich von selbst.“

Mehreren Blättern zufolge will Finanzminister Brestel in den ersten Tagen der nächsten Woche mit einem Finanzexperte vor den Reichsrath treten. Man behauptet, daß Dr. Brestel das Deficit durch eine Art Zwangsanleihe decken wolle. Der Finanzminister will den Reichsrath veranlassen, daß er lieber auf dem Wege der Vesterung das Deficit decke, damit nicht durch die abermalige Aufnahme von vier oder fünf Anlehen im Betrage von circa 300 Millionen (in 4--5 Jahren) das Erforderniß für die Zinsen der Staatsschuld um fünfzehn und mehr Millionen dauernd vermehrt werde, während eine Besteuerung allerdings höher, aber dafür nur vorübergehend belastet. Soweit sich die Zwangslage, welche bei den parlamentarischen Politikern die höchste Staatskunst ist, erkennen läßt, wird Dr. Brestel seinen Zweck erreichen. Man wird dem gegenwärtigen Ministerium ein sehr schwerwiegendes Vertrauensvotum geben und ihm eine Vermögenssteuer, oder wie sie heißen wird, votiren, weil man sich und das Regierungssystem stützen will.

(Herr v. Beust über die politische Lage Europa's.) In der sechsten Sitzung des Subcomités der Reichsraths-Delegation zur Verathung des Militär-Budgets wurde der Reichskanzler über die politische Lage Europa's interpellirt, um auf Grundlage der ertheilten Auskünfte die Frage zu erörtern, ob schon gegenwärtig eine größere Reduktion im Stande der Armee eintreten könne oder nicht.

Am Schlusse einer längeren Erörterung über die politischen Verhältnisse gelangte der Reichskanzler zu der allgemeinen Bemerkung:

„Daß wir uns nach seiner Meinung in einem Zustande des Friedens, welcher jede Kriegsgefahr als etwas erscheinen lasse, was erst durch außerordentliche Ereignisse herbeigeführt werden müßte, in einem Zustande des Friedens wie er vor dem Jahre 1866 war, allerdings nicht mehr befinden; und wenn auch das allseitige Bestreben dahin geht, diese Gefahren zu beschwören und aller Grund zu der Hoffnung für die Erhaltung des Friedens vorhanden sei, erscheine es andererseits dennoch nothwendig, den Friedensstand der Armee in solcher Weise zu erhalten, daß man nöthigenfalls eine achtunggebietende Stellung einnehmen und in kurzer Zeit schlagfertig dastehen könne.“

Daraus geht hervor, daß das Vertrauen unseres Reichskanzlers auf die Erhaltung des Friedens nichts weniger als ein felsenfestes ist.

Zum Sturm auf gegen das „Reich“ ließen sich wieder zwei Stimmen aus dem Lager der Linken vernehmen, die eine im „Wanderer“, die andere vom Grafen Bela Keglevich im „Hon“. Der letztere formulirt sein Programm mit einer Klarheit, Bestimmtheit und Offenheit, die alle Anerkennung verdient. Er sagt: Ein unabhängiger ungarischer Staat mit der Dynastie Sr. Majestät — dieses unzweideutige Programm sei unsere Basis. Die Annahme dieser Basis durch Sr. Majestät sei die Bedingung, unter welcher bei

gegebener Gelegenheit die zur Majorität gelangte Opposition die Regierung übernehmen würde. Ein unabhängiger ungarischer Staat, dessen Centralpunkt Pest-Ofen sei, ein Staat, der alle Attribute eines Staates hat: Armee, Finanzen, auswärtige Vertretung, und der eine, seinen Interessen vollständig entsprechende Handelspolitik befolgen kann. — Alles dies lasse sich auf der Basis der gemeinsamen Angelegenheiten nicht erreichen. Die Opposition dürfe daher nicht um jeden Preis die heutige Regierung stürzen wollen, sondern müsse die Basis zu ändern bestrebt sein.

Die Stimme aus dem Lager der Linken im „Wdr.“ unternimmt es, zu der Erklärung Ghygys's auf die Beantwortung der bekannten Interpellationen einen Kommentar zu geben, welcher unsere ursprüngliche Auffassung von dem Sinne und der Tragweite dieser Interpellationen vollkommen richtig fertigt. Sie bezeichnet die Annahme der Benennung: „Reichthum Oesterreich“, als einen politischen Fehler, auf den Ghygys selbst Metternich im Vorhinein aufmerksam gemacht haben soll, und erklärt, die Interpellation sei in dieser Richtung nicht bloß eine Rechtsverwahrung, sondern auch ein Fühler gewesen, denn die Delegation sei nicht be-rechtigt, Titel und Benennung zu schaffen, dies sei ausschließliches Recht der Legislativen. Damit ist gesagt, daß der Reichsthum in der Delegation nur vertagt worden ist, um in dem ungarischen Landtag auf dem durch die Antwort des Reichsministeriums geschaffenen, für Ungarn keineswegs ungünstigen Terrain wieder aufgenommen zu werden. Die Stimme im „Wdr.“ schlägt vor, die im Reichsrathe collectiv vertretenen Länder „Vereinigten Länder Oesterreichs“ zu nennen, und diesem analog dem Auslande gegenüber „Oesterreich und Ungarn“ oder die „Vereinigten Staaten von Oesterreich und Ungarn“ zu sagen und dem entsprechend die Titulatur „Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn“ oder „Kaiser und König der Vereinigten Staaten Oesterreich und Ungarn“ zu gebrauchen, was nicht ausschließen würde, daß in dem großen Titel Sr. Majestät alle Königreiche und Länder so wie bis nun benannt würden.

Zum Staatthalter von Tirol ist der geh. Rath und Reichsrathsabgeordnete Josef Freiherr Lasser von Zollesheim ernannt worden. Den Tirolern ist nur zu gratuliren, daß sie einen Mann an die Spitze der Verwaltung des Landes bekommen, dessen Verwendbarkeit die Träger der verschiedensten Systeme in der innern Politik Oesterreichs zu würdigen und zu schätzen in der Lage waren.

Die „N. Fr. P.“ ist der Abwechslung halber wieder einmal weitgehenden panslawistischen Agitationen in der Gips auf die Spur gekommen.

Lemberg. Der Präsident des hiesigen Ober-Landesgerichtes, Herr Komers, hat der „Gazeta Narodowa“ aus Anlaß eines Artikels über die Gerichtssprache eine Berichtigung übersendet. In dieser Berichtigung wurden nicht nur alle von der Gazeta gebrachten Angaben dementirt und „Lügen“ genannt, sondern auch der Redakteur der Gazeta, Herr Dobrzanski, persönlich angegriffen. Die ganze Berichtigung, in einem bureaukratischen Autoritäts-Tone verfaßt, besagte sogar, daß Herr Komers den Redakteur den Gerichten übergeben könnte, daß er es aber unter seiner Würde halte. Diese monumentale amtliche „Berichtigung“ ließ natürlich die Gazeta nicht ohne Beantwortung und Herr Dobrzanski strengt aus Anlaß dieser amtlichen Berichtigung drei Proceße gegen den Ober-Landesgerichts-Präsidenten Herrn Komers an nämlich wegen Ehrenbeleidigung, wegen Verleumdung und wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, dessen sich Se. Excellenz dadurch schuldig gemacht haben soll, weil Herr Komers als Präsident des Oberlandesgerichtes den Redakteur vermöge seiner amtlichen Stellung gezwungen hat, eine die Ehre des Redakteurs verletzende Berichtigung in sein Blatt einzuschalten.

Ausland.

Petersburg. In hiesigen Regierungskreisen erregt das österreichische „Nothbuch“ eine förmliche Erbitterung. Wahrscheinlich wird dasselbe eine russische Gegendemonstration, natürlich diplomatischer Art, zur Folge haben. Es sind in den Exposés des „Nothbuchs“ über die deutschen und über die orientalischen Angelegenheiten Stellen enthalten, die das russische Kabinett sehr hart berührt haben. Herr von Beust, der sonst — nach der in Paris ausgegebenen Parole — von Friedensversicherungen überflutet, hat es wohl, wenn er das Interesse Oesterreichs im Auge behalten will, am allerwenigsten nöthig, mit seinen diplomatischen Stylübungen Rußland zu reizen. Die Wiener Blätter erschöpfen sich in unablässigem Zetergeschrei über das feindliche Auftreten Rußlands gegen Oesterreich; nun also, gebe man keine unnöthige Veranlassung hierzu, denn Rußland braucht vor Oesterreich keine Furcht zu haben, wohl aber umgekehrt.

Frankreich. Das liberale Auftreten der Regierung in der Pressesetzfrage hat ihr, wie der „R. Jtg.“ geschrieben wird, zahlreiche Gemüther wieder gewonnen, welche sich derselben bereits gänzlich abgewendet hatten. Während noch vor Kurzem selbst bedächtige und umsichtige Leute das Kaiserthum bereits gänzlich aufgegeben und seine Dauer als eine nur noch kurze bezeichnet hatten, hat sich jetzt das Vertrauen auf dessen Zukunft und auf die Möglichkeit, seinen Bestand mit der Sache des gemäßigten Fortschrittes zu versöhnen, bedeutend befestigt.

England. Aus Newyork wird gemeldet, daß Präsident Johnson die Bill unterzeichnet hat, durch welche die Tare auf Baumwolle sofort und der Zoll auf fremde Baumwolle vom 1. November ab aufgehoben werden. Ferner hat der Präsident die Bill, betreffend den Verkauf der überflüssigen Panzerhülle vollzogen. (Ueber den Ankauf derselben steht bekanntlich Rußland in Unterhandlung.)

In Cork wurde Kapitän Mackay, welcher durch feindliche Umtriebe eine gewisse Notorität erworben, durch die Polizei in einem Bierhause verhaftet. Er leistete verzweifeltsten Widerstand und schoß mit einem Revolver einem der Konstabler in den Fuß. Gleichzeitig erfolgte die Verhaftung zweier anderer Jenier. Ein großer Trupp Polizeimannschaften führte die Verhafteten nach dem Brixwell-Gefängniß ab. Dieß veranlaßte den Zusammenlauf einer Menge aufgeregten Volkes, welches sich erst zerstreute, als die Polizei einen Bajonnet-Angriff machte und einen der Tumultuanten verwundete. Die Gefangenen befinden sich fortwährend unter starker Polizeibewachung, um jedem Versuch zu ihrer gewaltsamen Befreiung vorzubeugen.

Balkanhalbinsel. Es liegt in der Absicht der Pforte, Serbien von allen Seiten einzuschließen, damit der Zusammenhang zwischen diesem Lande und Bosnien, Bulgarien und der Herzegovina völlig unterbrochen werde. Scheit-ul-Islam erließ an alle „Gläubigen“ einen Aufruf, „sich um die Fahne des Sultans zu schaaren, der berufen sei zu entscheiden, ob der Name Mohameds noch weiter in Europa angebetet werden soll.“ Uebrigens verfangen bei den mohamedanischen Slaven diese Aufforderungen wenig und die nationale Ver-

wandtschaft tritt vor die religiöse Verschiedenheit. Auch der slavische Mohamedaner hat es satt bekommen unter der Türkenherrschaft zu leben und wird von Tag zu Tag schwieriger. Omer Pascha will in Novi Bazar (zwischen Montenegro und Serbien gelegen) sein Hauptquartier aufschlagen. Dies ist ein sehr ernstes Anzeichen und scheint der Konflikt mit Serbien und Montenegro bereits dem Ausbruche nahe zu sein. Thatsache ist es, daß an der serbischen Grenze türkischer Seits Schanzen aufgeworfen werden. Die montenegrinischen Grenzpunkte sind gut besetzt, an der Befestigung der Militärstraße wird fleißig gearbeitet.

General Langiewicz hat an das Journal „La Turquie“ ein Schreiben gerichtet, welches mit folgenden Worten schließt: „Ungeachtet der herannahenden Krise gibt es für mich, sowie für alle Polen nur Eines zu thun: Zum Handeln bereit zu sein in dem Momente, wo die Türkei von von ihren Feinden, welche auch die Feinde Polens und der Zivilisation (!) sind, angegriffen werden sollte.“ Mit der Türkei steht wohl nach der Ansicht des Hrn. Generals die Zivilisation auf dem besten Fuße?!

Kreta. Der Aufstand tobt mit allen seinen Greueln wieder. Wann wird man diesem unerantwortlichen Blutvergießen ein Ende machen? Die Türken sind absolut nicht im Stande die Insel zu pacificiren, das sieht Europa ein; dennoch thut man aber so gut wie nichts, um noch größeres Unheil zu verhüten und läßt die Insel durch türkische Räuber — entvölkern.

Mexiko. Es geht wieder so gemüthlich her wie ehemals. Der Aufstand in Yufatan ist noch nicht unterdrückt und bereits ist nach New-Yorker Berichten wieder eine Insurrektion gegen den Präsidenten Suarez in der Sonora ausgebrochen.

Correspondenzen.

Marburg, 10. Februar. III. Auf Grundlage des Gesetzes über das Versammlungsrecht vom 15. November 1867 tagte in Marburg am 3. Februar d. J. die erste Versammlung dieser Art, welche von nahezu 400 Personen besucht war. Das bei weitem größere Contingent zu derselben stellten die Landwirthe aus den benachbarten Landgemeinden. Obwohl die Veranlassung zu derselben mehr lokaler Natur war, schwang sie sich im Verlaufe der Verhandlung zu einer so principiellen Bedeutung empor, daß wir uns nicht enthalten können, den Lesern Ihres geschätzten Blattes das Nähere hierüber zu berichten. — Den unmittelbaren Anlaß zur Versammlung gab die willkürliche Art und Weise, in welcher von dem gegenwärtigen Mauthpächter die Mauthgebühren von Wirtschaftsführern eingehoben werden und die Behandlung, welche den dagegen erhobenen Beschwerden von den hiesigen Finanzbehörden zu Theil wird. Daß das Mauthgefälle überhaupt allen haltbaren Principien einer rationellen Besteuerung Hohn spricht, ist eine Thatsache, die einer weiteren Konstatirung nicht bedarf, und daß speciell die österreichische Gesetzgebung in dieser Beziehung keinen Anspruch auf eine ausgezeichnete Stellung als Ausnahme von der Regel erheben kann, wird selbst der diesfalls Uneingeweihte begreifen, wenn er erfährt, daß dieselbe vielfachen ergänzenden, restriktiven und wieder erweiternden Verordnungen aus der bürokratisch-absolutistischen Zeit von 1821—1824 u. f. f. ihre Entstehung zu verdanken haben. Ihr Berichterstatter glaubt sich daher kaum einer Uebertreibung schuldig zu machen, wenn er behauptet, daß die Mauthgebühren mit zu den unpopulärsten Steuern zählen. Selbst das unverkennbar zu Tage tretende Streben der Mauthgesetze, im Interesse der Landeskultur eine Menge von Begünstigungen und Befreiungen für Wirtschaftsführer zu schaffen, konnte an deren Mißliebigkeit nichts ändern. Wenn sich aber die Mauthgesetze schon in ihrer richtigen Anwendung und Handhabung keiner besonderen Gunst des Volkes zu erfreuen haben, müssen sie offenbar zum Gegenstande der bittersten Klagen und Beschwerden werden, wenn selbe vom jeweiligen Privatpächter willkürlich zum empfindlichen Nachtheile des Volksadels gebendet und die im Gesetze ausgesprochenen und gewährten Befreiungen nicht zugestanden werden, wie dies bei den Mauthen des Marburger Bezirkes seit dem Jahre 1865 der Fall ist. Ohne daß nämlich eine Veränderung in den Bestimmungen der Mauthdirektiven bekannt gemacht worden wäre, fing der gegenwärtige Mauthpächter seit dieser Zeit an, die bis dahin anstandslos gewährten Mauthbefreiungen zu verweigern und es lag lediglich in seinem Belieben, Führer mit Weinstöcken, Laubpaulen, Heu, selbst Dünger u. dgl. mauthfrei passieren zu lassen oder nicht. In diesem Bestreben, die Mauthbefreiungen für Wirtschaftsführer illusorisch zu machen, konnte er nur bestärkt werden, wenn die hiesigen Finanzbehörden nahezu jede Verweigerung der Gebühr bei Wirtschaftsführern als Mauthverfälschung erklärten und mit empfindlichen Strafen (dem 7fachen der einfachen Gebühr) belegten. Vielfach dagegen erhobene Beschwerden bei den Unterbehörden blieben erfolglos. Eine Kollektivbeschwerde mehrerer Nachbargemeinden in Verbindung mit der hiesigen landwirtschaftlichen Filiale an das Finanzministerium hatte zwar für die Petenten in ihren speciellen Fällen einen günstigen Erfolg, änderte aber an der Sachlage im Ganzen nicht das Geringste, indem man nach wie vor den größten Theil der Wirtschaftsführer als mauthpflichtig behandelte und mit der Bestrafung fortkuhr.

Diesem außergewöhnlichen Uebel mußte auf außergewöhnliche Weise gesteuert werden und sollte die obgedachte öffentliche Versammlung die Mittel und Wege der Abhilfe beraten. Nachdem man das Bureau gewählt und die Hoffnung auf gegenwärtige Ministerium lediglich auf wirtschaftliche Gebiet eingeschränkt hatte, ergriff nach einigen hergebrachten einleitenden Reden der Landtagsabgeordnete Herr Dr. J. Dominikus das Wort. Nachdem er der Versammlung die einschlägigen Bestimmungen der Mauthnormalien ins Gedächtniß gerufen hatte, führte er umständlich die Art und Weise der pächterischen Uebergriffe*, die zahllosen Abstrafungen und den Gang der bisherigen Beschwerdeführung aus. Diese Auseinandersetzungen zu geben war Niemand mehr in der Lage, als er, nachdem die Beschwerdeführung, die er in wahrhaft humaner Weise bisher unentgeltlich besorgt, nahezu ganz durch seine Hände gegangen war. Nach einem längeren sachgemäßen Exposé stellte er folgende Anträge: „Die Versammlung wolle beschließen: 1. Eine Beschwerde an den Finanzminister wegen Nichtbeachtung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften über die Befreiung der Wirtschaftsführer bei den hiesigen Mauthen zu richten; in derselben wird gebeten: a) daß im Wege der Gesetzesklärung der Begriff der Wirtschaftsführer festgestellt, insbesondere aber ins Klare gesetzt werde, daß b) die Bewohner des Mauthortes Marburg im Sinne des Postanleihegesetzes vom 11. Juli 1822 ihre auf eigenen oder gepachteten

Gründen erzeugten Feldfrüchte, Weine, Futter und sonstige Wirtschaftskunststoffe mauthfrei in ihren Wohnsitzen einführen können, gleichgiltig, ob sich auf diesen Gründen Wirtschaftskunststoffe verlassenen befinden oder nicht, insofern nämlich im Zuge zum Mauthort die Mauthbefreiung nicht schon an einem Wegmauthschranken eingetreten; sollte gegen Erwarten diese Mauthbefreiung in der bestehenden Gesetzgebung nicht begründet gefunden werden, so wolle der Begriff: „Abgesonderte Wirtschaftskunststoffe“ festgestellt und für zweifelhafte Fälle eine Norm der Entscheidung gegeben werden. c) Möge ausgesprochen werden, daß Mehrlungen und andere Düngstoffe, in so fern selbe zum Zwecke der Landwirtschaft benützt werden, mauthfrei ausgeführt werden können; ferner d) daß die den Bewohnern ganz mit Mauthschranken umgebener Orte nach der Hofammervorordnung vom 7. August 1830 zustehende Begünstigung, die Mauth nur beim Eintritt in den Mauthort zu entrichten, auch dann zu statuten komme, wenn die eigenen Zugthiere außerhalb des Mauthortes ihren Standort haben; e) die bereits ausgesprochene Mauthbefreiung für die Weingartenerzeugnisse sei auch für die Verführung gekaufter (nicht zum Verkauf bestimmter) Wirtschaftskunststoffe, als: Weingartenerzeugnisse, Laubpaulen, neue Fässer u. dgl. auch hinsichtlich der Brückenmauth aufrecht zu erhalten; f) sei um Ermittlung eines entsprechenden Standortes für den im verflossenen Jahre verletzten Mauthschranken Drauthort zu bitten. Außerdem werde 2. eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Aufhebung der ararischen Straßmauth und falls dieses aus finanziellen Gründen nicht thunlich sei, um Regelung der Mauthgesetze gerichtet.“

Hierauf sprach der bekannte slovenische Patriot Herr Dr. Rabej erörternd im Sinne des Vorredners und stellte den weiteren Antrag: „Die Petition, welche an das Abgeordnetenhaus wegen gänzlicher Aufhebung der Mauth gerichtet wird, ist auch dem steiermärkischen Landtag mit der Bitte vorzulegen, daß der Landtag der Staatsregierung die Mauthgefälle aus Landesmitteln ersetzen und die Mauth aufheben soll; — eben so soll diese Petition der hiesigen Bezirksvertretung vorgelegt werden mit der Bitte, die Mauthen des Bezirkes Marburg zu pachten, aufzuheben und aus Bezirksumlagen zu decken.“

Zum Schlusse beantragte der Abgeordnete Brandstetter: Die Versammlung wolle beschließen: 1. Es wird die Abendung einer Lokalkommission von Seite des Finanzministeriums für notwendig erachtet. 2. Es werden 5 Vertrauensmänner gewählt, welche der Kommission Aufschlüsse erteilen.

Nachdem diese Anträge sämtlich zum Beschlusse erhoben waren, wurden die Herren Seidl, Brandstetter, Dr. Dominikus, Dr. Rabej und Wreßel zu Vertrauensmännern erwählt und mit der Verfassung der Beschwerde und Petition im Sinne der gefaßten Beschlüsse, sowie zur Ueberreichung derselben durch eine Deputation betraut.

Die Versammelten, deren Mehrzahl nie ein Parlament gesehen, geschweige denn in demselben mitgethan hat, benahmen sich in sehr würdiger und der Sache entsprechender Weise; einzelne Verstöße gegen die Form, wie z. B. jener, daß die Ergänzungsanträge vor dem Hauptantrage zur Abstimmung kamen, sind bei der Jugendlichkeit unseres öffentlichen Lebens kaum der Erwähnung werth. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1848 die Mauthschranken und Mauthhäuser zertrümmert und die Einnehmer mißhandelt wurden, während man im Jahre 1868 auf dem legalen Boden des Rechtes Abhilfe gegen schreiende Mißbräuche verlangt: kann man sich jedenfalls nicht der erfreulichen Wahrnehmung verschließen, daß die Bevölkerung etwas gelernt hat.

Luttenberg, 3. Feb. —m— (Feierliche Eröffnung der Čitalnica.) Trozdem wir der Meinung waren am 1. d. M. ganz still in unsere Čitalnica-Lokalitäten einzurücken, die feierliche Eröffnung auf den Spätsommer mit einer großartigen Beseda unter freiem Himmel zu verschieben, so waren wir doch von allen Seiten gedrängt, auch jetzt zur Bodnikfeier etwas zu veranstalten, welche letztere wirklich nicht sinniger in Scene gesetzt werden konnte, als mit der Eröffnung der Čitalnica. — Um 8 Uhr war gestern Abends der Anfang der Beseda festgesetzt, doch schon um 5 Uhr Nachmittags begann die Menge vor den Ignaz Kornpilschen Lokalitäten (wo sich die Čitalnica befindet) auf- und abzuwogen, um 7 Uhr war schon kein Platz zu bekommen, um der theatralischen Vorstellung mit Muße beizuwohnen zu können. An 200 Gäste drängten sich hin und her, um näher zur Bühne zu kommen. — Luttenberg war vollzählig bis auf den letzten Mann vertreten, selbst von unsern Gegnern fehlte Niemand; Gäste kamen aus Ornuž (Friedau) und den umliegenden Dörfern, zu unserm Staunen kam Niemand aus dem nationalgesinnten Cretsch (Polstra). — Der Realitätenbesitzer Herr Kufovec, der ich schon in meinen früheren Correspondenzen erwähnte, eröffnete die Beseda mit einer Rede an die Bodnikfeier anknüpfend, den Zweck der Čitalnica auseinanderlegend und erklärend. Später folgte auf der Bühne das Bilhar'sche Volksbild „Zupan“, in dem wieder die Titelrolle des „purgermajster“ dem Herrn Kufovec zufiel, die er durch sein wirklich ausgezeichnetes Spiel zum Centrum alles Interesses des gestrigen Abendes gestaltete. Auf die anwesenden 10—12 Gemeindevorstände (Zupane) vom Lande war das Spiel Kufovec's von draustischer Wirkung. Nach der Vorstellung trank ich einem dieser übrigens sehr ehrenwerthen Landgentlemen zu mit: „Bog Vas živi, gosp. purgermajster!“, welcher Scherz mich bald in unangenehme Kollision mit mehreren der Anwesenden gebracht hätte, würde ich nicht in aller Eile den purgermajster in Zupan umgewandelt haben. — Im allgemeinen muß ich sagen, daß unser Landvolk im Luttenberger und Friedauer Bezirk zu dem nationalst gesinnten in ganz Slovenien gehört und daß wir noch im stetigen Avancement begriffen sind, wobei die jetzige Čitalnica von unberechenbarer Tragweite sein wird. Es vergeht kein Tag, ohne daß sich einige Bauern als Mitglieder einschreiben ließen. Nach der Vorstellung trugen die beiden Fräulein A. u. J. Huber Jenko's „Tolazba“, „Strunam“ und „Sarafan“ mit großer Eleganz und Präcision vor. Auch unser Čitalnica-Sängerkorps (16 Sänger, für Luttenberg gewiß sehr viel) trug 4 Piecen vor, unter denen Valenta's „Mioika-Polka“ besonders Furore machte und stürmisch applaudirt wurde. Das Verdienst alles dessen gebührt unserm unermüdeten Chormeister, dem Herrn Hauptschullehrer Bauer, der als tüchtig gebildeter Musiker seines gleichen zu suchen hat. Selbstverständlich ist er ein Landsmann Ihres Laibacher Chormeisters Herrn Förster. — Um 10 Uhr waren alle Produktionen beendet und dann begann wie gewöhnlich der Tanz, die animirte Gesellschaft blieb noch lange nach Mitternacht beisammen. — Nicht unerwähnt darf ich lassen den Dank der gesamten Čitalnica dem Herrn Bezirksobmann und Abokaten Dr. J. Polj, der bei der Gründung derselben materiell unter die Arme griff — und bekanntlich ist der nervus rerum gerendurum bei allen Čitalnicis und Nicht-Čitalnica-Unternehmungen der Hauptfaktor in der gesamten Welt — aus Nichts wird eben Nichts! Im Ganzen können wir sagen, daß

die erste Beseda für unsere Luttenberger Verhältnisse geradezu brillant zu nennen ist.

Lichtenwald, 7. Februar. D. Auch in unserer Čitalnica fand am 2. Februar eine Beseda zur Erinnerung an Bodnik's Geburtstag statt. Eröffnet wurde dieselbe mit einem Männerchor „Pozdrav“, worauf Herr Pfarrer Nipšl in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede das Leben und die Thätigkeit Bodnik's entwickelte, und mit einem „Hoch“ auf seine Majestät, unseren allergnädigsten Kaiser, schloß. Hierauf wurde „Himnus na Vodnika“ gesungen. Aufschenden Beifall erntete ein kleines Mädchen, welches Potocnik's Gedicht „Vodniku“, deklamirte. Diesem folgte das Bilhar'sche Lustspiel „Župan“, von den Čitalnica-Mitgliedern wirklich meisterhaft gegeben. Den Schluß des Festes bildete ein Tanzkränzchen, das bis zum Tagesanbruche in animirtester Stimmung andauerte.

Aus den Vereinen.

— (Dramatischer Verein.) Der Ausschuss beriet in den jüngsten zwei Sitzungen eine Reihe von Statutenänderungen, die er der Generalversammlung zur Annahme empfehlen will. — Für die Vorstellung am Tage der Generalversammlung wurde Sabin'a's dreitägiges böhmisches Originalstück „Inserat“ in Marn's slov. Bearbeitung zur Aufführung bestimmt.

— (Fortbildungsverein für Buchdrucker.) Zur konstituierenden Versammlung am 9. d. M. hatten sich außer den Vereinsmitgliedern mehrere geladene Gäste eingefunden. Obmann Herr Faktor Klein sprach nach Begrüßung der Versammelten über die Wichtigkeit und Nothwendigkeit tüchtiger Gewerbeschulung und forderte zu eifriger Förderung des Vereinszweckes auf. Hr. Mag.-R. Guttmann stellte dem Vereine ausgiebige Unterstützung in Aussicht. Hr. Redakteur Dimik verlas eine längere Ansprache und erbot sich schließlich zu Vorträgen über krainische Geschichte. Nach einer wirksam rezipirten Rede des Hrn. Senger v. Rhein wurde zur Neuwahl des Ausschusses geschritten und der bisherige Ausschuss per acclamationem wiedergewählt. Nach der Versammlung verfügte sich ein großer Theil zu einer gefelligen Zusammenkunft ins Gasthaus zum „Stern“, wo sich bald die gehobenste Stimmung geltend machte.

— (Die Bodnikfeier) haben die meisten Čitalnice mit größeren Beseden festlich begangen. Eine besonders schöne Beseda veranstaltete die Čitalnica in Gärz im Vereine mit den modernen Studirenden des dortigen Gymnasiums, welche auch ein Theaterstück „Novci za diploma“ recht gelungen zur Aufführung brachten. Ebenso gelungen war die Beseda in der Čitalnica zu Canale, allwo unter andern auch das Lustspiel „Strast in krepost“ gegeben wurde. In Krainburg war Festbeseda mit Ball; im nahen St. Veit wurde nach den Gesangsnummern das Lustspiel „Filosof“ aufgeführt. Auch die Čitalnica in Volče ehrte das Andenken Bodnik's mit einer Beseda.

— (Die Statuten der „Slovenska beseda“ in Graz) sind von der Statthalterei genehmigt worden. Der Verein soll der geistige Centralpunkt aller in Graz wohnenden Slaven werden, und ist besonders den vielen in Graz befindlichen Slovenen eine rege Theilnahme zu empfehlen. Wir wünschen dem neuen Verein das vortrefflichste Gedeihen.

Kunst und Literatur.

— Das Februarheft des „Slovenski Glasnik“ bringt außer den Fortsetzungen („Doktor Karbonarius“, „Gostinja“, „Spiritus familiaris“ u. f. w.) und den stehenden Rubriken in gebundener Rede: „Studentovska zdravica“ von Fr. Lavec und „Zakleta princeza“ von Trnovski; in Prosa: „Vino“, ein geistreiches Kapitel vom Wein aus der Feder J. Stritar's; von D. Trstenjak eine werthvolle Abhandlung über die Wichtigkeit der Volkspoesie für die Mythologie; Fr. Ročevan, der Verfasser der interessanten Artikel: „Pomenki o naših literarnih zadevah“ (die wir angelegentlichst der Beachtung unserer jungen Literaten und Schöngelister empfehlen) behandelt das Thema „Pisava“, u. f. f. Wahrhaft das Interessante die Menge — nur frisch zugegriffen, Patrioten!

— Von Prof. Janežič's Anthologie: „Cvetnik slovenske slovesnosti“ ist soeben der 1. Theil (8 Bog. Oktav) erschienen; derselbe umfaßt nebst einer gebrängten, passenden Einleitung, welche sicher jedermann willkommen heißen wird, das Gebiet der lyrischen Poesie. Das Werk wird noch im laufenden Semester komplett und zwar erscheint der 2. Theil im April, der 3. im Juni d. J.

— L. Belar's „M. Polka“, die, wie wir schon erwähnt, bei der ersten Aufführung in der Čitalnica die ehrenvollste Aufnahme fand, ist nun für Clavier im Buchhandel erschienen und à 30 Kr. zu haben. Wir empfehlen die frische, graziöse Piece allen Freunden der Tanzmusik.

— Den Verlag der Stupf'schen Fotografie des neuen (schon beschriebenen), schönen Bildes „Kdo domov māj“ hat die Buchhandlung J. L. Kober in Prag übernommen.

— Eine gegen die Verdrehungen der Geschichte Böhmens gerichtete Broschüre erschien bei F. Tempelky in Prag. Sie heißt: Die Geschichte des Hussitentums und Prof. Konst. Höfler. Kritische Studien von Dr. Fr. Palacký, t. böhm. Historiografen u.

— „Slavjanski razgovori“ heißt ein von dem serbischen Journalisten P. Dragutin Tomaj Tuminski in Belgrad demnächst herauszugebendes praktisches Werk, das einem Jeden vortreffliche Dienste leisten wird, der sich mit slav. Hauptdialekten auf leichte Weise vertraut machen will. Die „Sl. raz.“ bringen nämlich circa 36 verschiedene Gespräche aus dem gewöhnlichen Leben in böhmischer, russischer, polnischer, bulgarischer und serbisch-kroatischer Sprache. Pränumerationen auf das circa 20 Bogen starke Buch nimmt die Redaktion der „Zukunft“ in Wien und jene des „Svetovid“ in Belgrad entgegen. Der Preis beträgt einen Gulb. 8. W.

Tagesneuigkeiten.

Laibach, 15. Februar.

— Morgen, Sonntag den 16. d. M. um 11 Uhr Vormittag, findet die konstituierende Versammlung des neuen Turnvereines „Sokol“ statt. Herr Turn- und Sechtlehrer St. Mandić hat zu diesem Zwecke bereitwillig die von ihm gemietete Turnhalle des suspendirten „Južni Sokol“ (im Frühlingsen Hause, Wienerstraße) überlassen.

— Der Ausschuss des Männerchors der Čitalnica versendet soeben die Einladungen zur großen Maskerade am Faschingdinstag. Zutritt haben nur die Mitglieder nationaler Vereine; die Eintrittskarten werden vom 22. d. M. zwischen 2—4 Uhr in der Administration unseres Blattes ausgegeben werden.

*) Einzelne Fälle waren wahrhaft komischer Natur; wir bedauern, darüber des beschränkten Raumes wegen nicht ausführlich berichten zu können.

— Der morgige Ball in der Čitalnica wird voraussichtlich sehr besucht sein, denn der Fasching neigt sich schon seinem Ende zu und die zweite Hälfte desselben ist immer die bewegtere, weil sich alles beeilt, noch vor Thorsschluß dem lustigen Prinzen den schuldigen (?) Tribut darzubringen. Einige neue Erscheinungen, die dem Vernehmen nach „in die Aktion“ treten werden, dürften den Reiz des Balles noch erhöhen.

— Der Handlungsbau war glänzend und das Resultat auch für die Kassa nicht minder befriedigend; der Zweck ist daher vollkommen erreicht. Die Brutto-Einnahme belief sich auf beiläufig 800 fl. — und dürfte sonach ein ungewöhnlich hoher Reiz für den Handlungskranken-Unterstützungs-Verein erübrigen.

— Das vom Vereine der Ärzte in Krain abgegebene, von Dr. Moriz Gausser verfaßte „Gutachten über die Reorganisation der Landesgebärstalt und die Reform, resp. Aufhebung der Landesfindelanstalt“ — seiner Zeit in der „Laib. Ztg.“ veröffentlicht — ist nun im Separatabdruck erschienen. Wir machen alle, die sich für den Gegenstand interessieren, auf diese gründliche, vielseitig belehrende Arbeit aufmerksam und sind überzeugt, daß Niemand die Schrift unbefriedigt aus der Hand legen wird.

— Das vorgestrige Schadenfeuer auf der untern Poljana bot Gelegenheit, den Zustand unserer Feuerlöschanstalten von einer interessanten Seite kennen zu lernen. Zwei auf der Brandstätte erschienene Feuersprizen erwiesen sich als unbrauchbar und erst die dritte, die sodann herbeigebracht wurde, that ihre Schuldigkeit. So arge Unzukömmlichkeiten ließen sich wohl vermeiden; strengere Weisungen an die Auffichtungsorgane der Depositionen und genaue Kontrollirung derselben ist dringend anzuempfehlen. Wir wissen nicht, wem das Verschulden hauptsächlich zur Last fällt und wollen es auch nicht untersuchen, aber das wissen wir, daß Jemand, dessen Kompetenz nicht leicht bestritten werden dürfte, äußerte: „Wenn Provisorien lange fortbauern, pflegt alles aus dem Leim zu gehen.“

— Die Bewohner der Gradiska-Vorstadt hatten vergangenen Sonntag eine recht unruhige Nacht zu überstehen. Prinz Carneval feierte diese Nacht unter andern auch in zwei Gasthäusern der benannten Vorstadt seine Triumphe; die Feier ging aber zeitweise in Schlägereien über, die stets von großartigem Kriegsgeräusch begleitet waren, kurz gesagt, die Gradiskaner hatten einmal eine „gute Nacht.“ Es sollen dem Vernehmen nach dem Magistratsleiter Beschwerbeschreiben anlässlich dieser Ruhestörungen zugekommen sein.

— Hr. Jakob Alešovec hat ein Zeitgemälde in 2 Abtheilungen, betitelt: „Modern“ vollendet, das Verhältnisse der Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung Laibach's behandelt und Anfangs März auf der hiesigen Bühne zur Aufführung kommen soll. — Vom nämlichen Verfasser erscheint im Verlage J. Giontin's: „Cesar Maks in Mehika.“

— Am 20. v. M. starb unser Landmann, der amerikanische Missionär, Bischof Friedrich Baraga.

— In Rudolfswerth starb am 2. d. M. der hochw. Hr. P. Kofalj, ein geborner Laibacher im 29. Lebensjahre. Der Verstorbene war Gymnasialprofessor, ein eifriger Anhänger der nationalen Sache und sowohl bei der Jugend beliebt als auch bei der Bevölkerung geachtet.

— Die böhmische Journalistik zählte im verflossenen Jahre 61 Zeitschriften der verschiedensten Richtungen, gewiß ein ehrendes Zeugniß für den Bildungsgrad und die Lebenslust der böhmischen Nation, die von gewissen Seiten so gerne als eine Horde roher Skandalmacher hingestellt wird.

— Bei der Neuwahl des Ausschusses in der Generalversammlung der „Concordia“ ist Dr. Klun — nicht wiedergewählt worden. — Unlängst berichteten Wiener Blätter, daß der Beamtenverein, dessen Präsident Herr Klun ist, in der Auflösung begriffen sei.

— Im Severinus-Verein sprach unlängst der Pfarrer von Biedermannsdorf „über die Mitarbeit der guten Katholiken in der neuen Aera“; er analysirte dabei die Staatsgrundgesetze und fand unter andern, daß Art. 5 über die „Unverletzlichkeit des Eigenthums“ überflüssig sei; er meinte, Moses habe das viel deutlicher gesagt: „Du sollst nicht stehlen.“ Die Worte verfehlten ihre Wirkung nicht; allgemeine Heiterkeit folgte denselben.

— Die Damenspenden auf dem „Bürgerball“ in Wien bestanden in großen Medaillons mit dem Porträt des Kaisers in Civil — Pariser-Fotografien, denn in Wien ist der Kaiser im Bürgerkleide noch nicht fotografiert. Se. Majestät erschien auf dem Ball in der Oberstenuniform seines Regiments.

— Der in weiteren Kreisen bekannte und besonders in der ältern Beamtenwelt hochgeachtete kaiserliche Rath und pensionirte Postdirektor von Graz, Herr Weingartner Edler v. Münchsburg, wurde am 8. d. M. in Wien getraut. Der vierundsiebzigjährige Greis ist seit mehr als zwanzig Jahren ganz erblindet und wählte nun seine mehrjährige Begleiterin Maria Strobel, Postkontrolors-Tochter, zur vierten Gemalin. Ihre leibliche Schwester ist die Gattin eines Sohnes ihres nunmehrigen Gemals, und wurde sie daher durch diese Vermählung die Schwiegermutter ihrer Schwester und ihres Schwagers, sowie die Stiefmutter des Letzteren.

— (Graf Reipperg und die Honveds.) Zu Gunsten der nothleidenden Honveds, der Honvedswitwen und Waisen hielten die Preßburger Honveds am 10. d. M. einen Ball, zu welchem das Ballcomité auch den Commandirenden in Preßburg, FML. Graf Reipperg einzuladen beschloß, obwohl Se. Erlaucht schon am 17. Dec. v. J. dem sämtlichen k. k. Officierscorps den Besuch der zu Gunsten der nothleidenden Honveds veranstalteten Theater Vorstellungen und des Concertes strenge verboten hatte.

Die Deputation des Ballcomité wurde in der Armee-Divisionskanzlei in Gegenwart mehrerer Herren Stabs- und Oberofficiere empfangen.

Nachdem sich die Deputation ihres Auftrages entledigt, erwiederte Se. Erlaucht nach einem von dem Ausschusse des Preßburger Honvedballes veröffentlichten Berichte, daß er zwar den Honvedverein als ein gesellig constituirtes untadelhaftes Humanitätsinstitut erkenne, allein — fuhr Se. Erlaucht fort — wisse Hochdieselbe ganz bestimmt, daß die Honveds solche Zwecke verfolgen, denen er als kaiserlicher Officier ferne bleiben müsse, und erwähnte unter Anderem, er wisse auch bestimmt, daß die Honveds dahin trachten, die kais. österreichische Armee eher heute als morgen über die Grenze zu bringen, daß dieselben Denkmäler einer schmachvollen Vergangenheit errichten und an der Geschichte der ruhmvollen

österreichischen Armee mähen; daß an der Einheit der kais. Armee, die den Gesamtstaat nach Außen allein zu schützen im Stande war und ist, und die Ruhe nach Innen allein garantirt, nicht gerüttelt werden dürfe.

„Nach all' dem (fügte der Commandant bei), ist es mir leid, Ihnen, meine Herren, erklären zu müssen, daß ich Ihre Einladung zu dem beabsichtigten Balle ablehnen muß und nicht gestatten kann, wie ich es auch bei Gelegenheit der jüngst stattgehabten Theatervorstellung gethan habe, daß die Herren Officiere der hiesigen Garnison an dem Balle theilnehmen.“

Neueren Mittheilungen zufolge litte diese Darstellung des Vorfalles an einer gelinden Uebertreibung; in der Hauptsache jedoch ist sie richtig. General Reipperg ist übrigens schon nach Brünn versetzt worden; an seine Stelle kommt FML. Maroičič.

Laibacher Marktbericht vom 12. Februar.

Weizen Mk. fl. 7.—; Korn Mk. fl. 4.60; Gerste Mk. fl. 3.30; Hafer Mk. fl. 2.10; Halbschrot Mk. fl. —.—; Erbsen Mk. fl. 3.60; Hirse Mk. fl. 3.20; Kukuruz Mk. fl. —.—; Erdäpfel Mk. fl. 1.60; Linfen Mk. fl. 4.30; Erbsen Mk. fl. 3.50; Biskolen Mk. fl. 6.—; Rindschmalz Pf. fr. 48; Schweineschmalz Pf. fr. 42; Speck frisch Pf. fr. 34; Speck geräuchert Pf. fr. 40; Butter Pf. fr. 45; Eier pr. Stück 2 kr.; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch Pf. 17, 21, 25 fr.; Kalbfleisch Pf. fr. 24; Schweinefleisch Pf. fr. 22; Schafschmalz Pf. fr. 14; Hühner pr. Stück fr. 30; Tauben pr. Stück fr. 15; Hen pr. Centner fl. —.80; Stroh pr. Cent. fr. 70; Holz hartes 30zöllig Klafter fl. 8.50, weiches Klafter fl. 6.50; Wein rother Gem. 12 bis fl.; weißer Gem. 13 bis fl.

Die hiesigen Landesproducten- und Getreidehändler kaufen: Kleesamen fl. 22; gebörte Weizen fl. 7.—; neue Knoppen fl. 10.—; Weizen fl. —; Weizen fl. 6.70; Korn fl. 4.40; Biskolen fl. 5 1/2 %.

Verkaufen: banater Weizen schönsten fl. 7.70; mittlere Qualität fl. 7.10 pr. Megen.

Cours-Bericht vom 14. Februar.

5% Metalliques fl. 57.10. 5% Metalliques (mit Mai- und November-Zinsen) fl. 58.25. — 5% National-Anlehen fl. 66.— — 1860er Staats-Anlehen fl. 82.20. — Bankactien fl. 709. — Creditactien fl. 186.90. — London fl. 117.65. — Silber fl. 115.50. — R. f. Münz-Dakaten fl. 5.60.

Verstorbene.

Den 6. Februar. Herr Alois Wolf, pens. k. k. Oberamts-Offizial, alt 68 Jahre, in der Stadt Nr. 234, an der Leberentartung.

Den 7. Februar. Johann Suß, Sträfling, alt 50 Jahre, im Zivilspital, am Starckrampe. — Dem Josef Melting, Hausbesitzer, seine Tochter Apollonia, alt 24 Jahre, in der Tirnau-Vorstadt Nr. 34, an der Brustwassersucht. — Dem Franz Kerli, Tagelöhner, sein Kind Anna, alt 6 Monate und 14 Tage, in der Tirnau-Vorstadt Nr. 34, an Fraisen.

Den 8. Februar. Helena Stefe, Einwohnerin, alt 70 Jahre, in der St. Peters-Vorstadt Nr. 23, an Altersschwäche.

Den 9. Februar. Josef Maček, Tischler, alt 60 Jahre, ins Zivilspital sterbend überbracht. — Maria Černeša, Infirmitätsarme, alt 74 Jahre, im Versorgungshause Nr. 4, am Schfieber. — Barbara Bach, Einwohnerin, alt 80 Jahre, in der Kapuziner-Vorstadt Nr. 12, an der Entkräftung.

Den 10. Februar. Johann Ribič, Tagelöhner, alt 60 Jahre, im Zivilspital, an der Gehirn-Lähmung. — Dem Johann Begib, Tischler, sein Kind Johann, alt 15 Monate, in der Gradiska-Vorstadt Nr. 29, an Fraisen. — Herr Josef Štravský, Thüthüter, alt 56 Jahre, in der Stadt Nr. 219, an der Lungenlähmung.

Den 11. Februar. Frau Johanna Petera, Damenschneidersmeisters- und Hausbesitzerwitwe, alt 63 Jahre, in der Stadt Nr. 227, an der Gehirn-Lähmung.

Den 12. Februar. Frau Helena Dobnikar, Schuhmachers- und Hausbesitzerwitwe, alt 60 Jahre, in der Stadt Nr. 30, am Schfieber.

Veränderungen im Klerus der Laibacher Diöcese.

Herrn Ant. Lavter, Lokalisten in Banjaloka ist die Pfarre S. Kreuz bei Landstraß verliehen worden; Reising und Banjaloka sind erledigt.

Na zdravje!

Prvi véliki zbor

S O K O L O V

bode jutri v nedeljo 16. t. m. ob 11 uri dopoldne v telovadski dvorani v gosp. Frölichovi hiši na dunajski cesti.

V Ljubljani dne 15. februarja 1868.

12—1.

Osnovni odbor.

Mehrere Hundert Obstbäumchen,

veredelte Äpfel-, Birnen-, Zwetschenbäumchen mit fester Krone, 3 bis 6jährig, 6 bis 10 Fuß hoch von den besten und reiftragendsten Winter- und Sommerforten, das Stück pr. 30 bis 70 kr.;

Maulbeerbäumchen mit fester Krone, 5 bis 9 Fuß hoch mit feurartigem Blatte von eigenem Samen gezogen, das Stück 20 bis 30 kr.;

Roskastanien, geradewüchsig, 4 bis 5jährig, zum Versetzen sehr geeignet, das Stück pr. 20 kr.;

Götterbäume (Alnus), 5 bis 7jährig pr. 30 kr.;

Gesunde Brianzener Grains (Seidenraupeneier), das Loth mit 3 fl. werden verkauft bei der

Administration des Versuchshofes der k. k. Land- und Forstwirtschafts-Gesellschaft in Laibach, St. Jakob Nr. 148.

7—2.

Franz Schollmayr.

8—2.

Eine Forderung

von 115 fl. 38 kr., welche Herr Johann Schuppony, Gemeinmann hier, laut Urtheils vom 17. December 1866 bei Beendigung der Execution zu begehren schuldig ist, wird billig erbeten. Klageeröffnung dieses Blattes.

Administration dieses Blattes.

Größtes Möbel-Lager bei F. Doberlet in Laibach.

11—1

Öffentliche Dankagung.

Mein Sohn, Herr **Karl Seifert**, bürgerlicher Seifenfieder zu Rudolfswerth, versicherte durch den dortigen Bezirks-Repräsentanten und Kaufmann, Herrn **Alois Czernich**, sein Leben im August 1866 beim **österreich. Gresham**, Gesellschaft für Lebens- und Rentenversicherungen in Wien, mit dem Betrage pr. 1000 fl. österr. W. — Dieser Betrag wurde nach dem im Monate December 1867 (also nach kaum 1 1/2 jährigem Bestande der Versicherung) erfolgten Tode meines Sohnes von der Direktion obbenannter Gesellschaft durch den General-Repräsentanten Herrn **F. P. Vidic**, Kaufmann in Laibach, pünktlich ausbezahlt, weshalb ich dem Orange meines Herzens folge, derselben meinen innigsten Dank hiemit öffentlich auszudrücken und bei diesem Anlaß das Publikum auf die solide Gesellschaft **Gresham** besonders aufmerksam zu machen. — Rudolfswerth, am 30. Jänner 1868.

Magdalena Seifert.

Bestätiget durch **Johann Pollack**, als Vormund der Familie **Seifert**.

Die General-Repräsentanz für Krain, Kärnten, Görz, Gradisca und Istrien des „Oesterr. Gresham“ und Versicherungs-Bank „Apis“ in Laibach

bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß sie als **Affecurateur**

Herrn J. V. Gécelj

acceptirt hat, welchem das P. T. Publikum das vollste Vertrauen schenken möge.

Das **Affekuranz-Bureau** befindet sich am **Marienplatz Nr. 48.**

F. P. Vidic,

General-Repräsentant.

6—2.

Na zdravje!

Vabilo

na pristop k ljubljanskemu telovadskemu društvu

„SOKOL“

Vse prijatelje telovadstva vabimo, da naj pristopijo k novemu društvu in prosimo, da se oglašajo v ta namen ali pri trgovcu g. **Fr. P. Vidicu** (v špitalski ulici) ali pri g. **Ferd. Geku** v čitalnišnici gostilnici.

V Ljubljani dne 6. svečana 1868.

10—2.

Osnovni odbor.